

INTERREG III/A Österreich-Tschechien
INTERREG III/A Österreich-Slowakei
INTERREG III/A Österreich-Ungarn

Labourmarket Monitoring (LAMO) II – Arbeitsmarktmonitoring II

Monitoring der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung

Projektrelevante Studien seit 2004

STATE OF THE ART

Autor:

Mag. Marc Bittner

Wien, Dezember 2006

Dieses Projekt wird mit INTERREG III/A-Mitteln des Landes Wien gefördert und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kofinanziert.



Gefördert aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung



Magistratsabteilung 27
EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung



Einleitung

Die Paul Lazarsfeld Gesellschaft für Sozialforschung hat gemeinsam mit ihren Partnern in grenzüberschreitender Kooperation ein Monitoringinstrumentarium zur regelmäßigen Beobachtung der Veränderungen am Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung 2004 entwickelt.

Nach einer Basiserhebung 2004/05 wurde mit diesem Instrumentarium 2006/07 zum zweiten Mal die Arbeitsmarktsituation in den Grenzregionen Österreichs mit Tschechien, der Slowakei und Ungarn untersucht. Dabei wurden erneut die Bereitschaft der erwerbsfähigen Bevölkerung unserer Nachbarstaaten, in Österreich zu arbeiten, sowie der Arbeitskräftebedarf bei Unternehmen diesseits und jenseits der österreichischen Grenze erhoben.

Die Daten im Zeitvergleich bieten einen Überblick über die Veränderungen der Arbeitsmigrationsbereitschaft sowie des Arbeitskräftebedarfs der Betriebe. Trends und Entwicklungen können somit erfasst und herausgearbeitet werden.

Um die Ergebnisse von LAMO II in Beziehung zu anderen einschlägigen Studien zu setzen, ist es Anliegen dieses Berichtes, projektrelevante Untersuchungen aufzuarbeiten und kurz darzustellen. Wurden speziell im Vorfeld der Erweiterung 2004 zahlreiche Untersuchungen mit dem Ziel etwaige Arbeitsmigrationsströme abzuschätzen sowie zu beziffern und deren Auswirkungen auf die nationalen Arbeitsmärkte zu beleuchten durchgeführt, so beschäftigen sich in der Folge der EU-Erweiterung die Studien häufig mit der Evaluation dieser Ergebnisse d. h. mit den Auswirkungen der Erweiterung auf die Arbeitsmärkte, wenngleich der Beobachtungszeitraum noch ein sehr kurzer ist und die Ergebnisse somit entsprechend beurteilt werden müssen.

In Österreich laufen die Vorbereitungen für eine Liberalisierung des Arbeitsmarktzuganges für neue EU-BürgerInnen bereits auf Hochtouren. Die Übergangsfristen für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt werden genutzt, um sich auf einen künftig gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsraum vorzubereiten. Zahlreiche Initiativen und Projekte wurden in grenzüberschreitender Kooperation gestartet, sind in Bearbeitung oder bereits abgeschlossen und umgesetzt: Unter anderem wurden Plattformen und Foren, die arbeitsmarktrelevante Informationen und Materialien austauschen, eingerichtet, Netzwerke aufgebaut, Praxisprojekte initiiert und Strategien und Maßnahmen gemeinsam erarbeitet. Die Bemühungen um eine harmonische Entwicklung einer Region CENTROPE stehen im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Überblick über den Inhalt des Berichtes

Ausgehend von Untersuchungen, die sich noch schwerpunktmäßig mit dem Abschätzen von Migrationspotenzialen auseinandersetzen, wird zur Darstellung von Studien, die sich tatsächlichen Migrationsbewegungen widmen, übergegangen.

Im Rahmen des State of the Art-Reports wird die im Jahr 2004 publizierte Studie „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt“ von Wolfgang Amann und Birgit Schuster näher beschrieben. Dabei wird eine Prognose der Wanderungsströme nach Wien versucht, die sich sowohl mit der Anzahl der MigrantInnen als auch mit deren Eingliederung in den Wiener Wohn- und Arbeitsmarkt beschäftigt (unter Berücksichtigung von Zuzugsdauer, Alters- und Einkommensverteilung) (S. 5-8).

Auch wird ausführlich auf die Studie: „EU-Erweiterung und Niederösterreich: Wohnungsbedarf und Handlungsoptionen“, die ebenfalls von Wolfgang Amann und Birgit Schuster veröffentlicht wurde, eingegangen. Diese 2004 erschienene Studie behandelt das Thema von potenziellen Wanderungsströmen nach Niederösterreich im übergeordneten Kontext des Wohnungsbedarfs in einem erweiterten Europa (S. 9-12).

Die ebenfalls dokumentierte Untersuchung „Migration von Fachleuten ins Ausland und Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften“ aus dem Jahr 2006 von Jana Vavrecková et al. versucht mittels empirischer quantitativer und qualitativer Methoden einen Überblick über die transnationale Migration von höher gebildeten Arbeitskräften in der EU zu geben und geht zudem auf die Nachfrage an solchen Arbeitskräften in der tschechischen Republik ein (S.13-15).

Eine weitere Studie dieses State of the Art-Reports von Silvia Stiller und Robert Wyszynski stammt aus dem Jahre 2005 und befasst sich mit „Arbeitskräftemobilität in der erweiterten EU – Migrationsmotive und -potentiale“. Auf Basis von sekundärstatistischem Material und Literaturanalysen werden Aspekte der Arbeitskräftemobilität beschrieben, wobei ein spezieller Fokus auf die Situation in Deutschland gerichtet ist (S.16-17).

Nicola Doyle et al. beleuchten in ihrer Arbeit „Freedom of Movement for Workers from Central and Eastern Europe“ 2006 die Änderungen in den Wanderungsströmen aus neuen EU-Mitgliedstaaten seit 2004 und befassen sich im Speziellen mit den beiden Ländern Schweden und Irland t (S. 18-20).

Auch der Bericht der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2006 ist für das Projekt von Interesse. Unter dem Titel „European Economy. Chapter 6: Migration and free movement of workers“ werden zunächst potenzielle Wanderungsströme innerhalb der EU-Länder beschrieben, danach die bisherigen Entwicklungen von Migrationsströmen dokumentiert und zuletzt Gedanken zum Potenzial des Ost-West-Arbeitskräfteflusses festgehalten (S. 21-23).

Amann, Wolfgang / Schuster, Birgit: „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt“ (2004):

Problemstellung und Methode:

Die hier vorgestellte Studie wurde im Auftrag der Magistratsabteilung 50 von der FGW – der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen - durchgeführt. Ziel des im Jahr 2004 abgeschlossenen Projekts betreffend der „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt“ war es, eine Prognose über die Zahl der MigrantInnen bzw. PendlerInnen aus den vier EU-Beitrittsländern (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn), ihre Altersstruktur und Einkommensverteilung, ihre Wohnverhältnisse sowie ihre Zuzugsdauer (in Bezug zu den jeweilig geltenden Übergangsfristen nach der EU-Erweiterung) zu erstellen, um so die daraus resultierende Wohnungsnachfrage ermitteln zu können.

Für die Vorhersage des zusätzlichen Bedarfs an Wohnplätzen in Wien wurden verschiedene Datenquellen wie z.B. die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria, Eurostat-Daten, länderspezifische Country-Reports, Analysen sekundärstatistischer, migrationsrelevanter Daten herangezogen, aber auch eine eigene projektbezogene empirische Erhebung in Form einer Befragung durchgeführt (je 350 standardisierte Interviews pro Land). Die eventuell aufkommenden methodischen Probleme bei der Ableitung quantitativer Aussagen über die Stärke vorhandener Wanderungspotenziale werden innerhalb des Berichtes kurz angesprochen. Die AutorInnen weisen darauf hin, dass es einerseits schwer ist die Ernsthaftigkeit einer geäußerten Migrationsabsicht zu erkennen, andererseits wird durch die Befragung nur die Angebotsseite erfasst und die Nachfrageseite (Nachfrage nach Arbeitskräften im Zielland) sowie institutionelle Regelungen (z.B. Übergangsfristen), die ebenfalls für die Migration ausschlaggebend sind, werden vernachlässigt. Außerdem kann kaum berücksichtigt werden, dass ein Großteil der Migrationsbewegungen temporär beschränkt sind. Auch wird erwähnt, dass die Stichprobe relativ klein ist und alle aus der Erhebung abgeleiteten Ergebnisse und Aussagen mit Vorbehalt aufgenommen werden sollen.

Ergebnisse:

Bei der Analyse der „Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt“ wurden insgesamt ein Basisszenario sowie zwei Alternativszenarien auf Basis von Daten der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria, empirischen Erhebungen und Studien, sekundärstatistischer Daten etc. entwickelt, die der Bevölkerungsprognose für Wien und den damit nötigen Veränderungen im Wohnsektor dienen sollten. Dabei geht die FGW bei ihren Migrationsvorhersagen für Wien mit den zurückhaltenden Prognosen der Statistik Austria konform.

Laut dem errechneten Basisszenario sind pro Jahr zusätzlich weitere 1000 Haushalte von BewohnerInnen der MOE-Staaten in Wien zu erwarten. Im Gegensatz dazu geht das Alternativszenario 1 von einer vermehrten Rückwanderung bereits in Österreich ansässiger Personen aus diesen Ländern aus, wobei sich hier die Anzahl der Zuwanderung auf ca. 500 Haushalte jährlich reduzieren würde. Beim zweiten Alternativszenario wird der Fall einer krisenhaften Entwicklung des Landwirtschaftssektors in Polen angenommen. In so einer Situation würde sich die zusätzliche Rate an neuen Haushalten aus Mittelost-Europa im Jahr auf ungefähr 4000 erhöhen. Insgesamt muss hierbei festgehalten werden, dass die Einflüsse der EU-Erweiterung auf die Haushaltsentwicklung in Wien mit einem prognostizierten Anstieg um 500 bis 4000 Haushalten im Jahr relativ klar einschätzbar sind.

Außerdem erwähnen die AutorInnen, dass sich mehrere Studien (z.B. Fassmann/Hintermann 1997; Walterskirchen/Dietz 1998) darüber einig sind, dass das gesamte Migrationspotenzial aus den MOE-Ländern nach Österreich (im Zuge der EU-Erweiterung) zwischen 150 000 und 200 000 Menschen beträgt – das wären jährlich ca. 20 000 bis 30 000 Personen, die nach Österreich migrieren (unklar ist dabei jedoch öfter, ob diese Zahlen nur die zusätzlichen Migrationsströme als Folge der Erweiterung oder die gesamte Zuwanderung beschreiben). Die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria ist hier etwas vorsichtiger und geht im laufenden Jahrzehnt pro Jahr von Zuwanderungsraten aus den MOE-Ländern von nicht mehr als 14 500 Personen bzw. zwischen 2011 und 2020 von höchstens 15 500 Personen aus.

Die Prognosen für den zukünftigen Zustrom an PendlerInnen, GrenzgängerInnen oder Saisoniers sind allerdings um einiges ungenauer. Veröffentlichte Daten und bisherige Einschätzungen liegen hierbei oftmals weit auseinander und es ist kaum möglich die genauen Ausmaße vorzuberechnen, da in der offiziellen PendlerInnen-Statistik nicht der gesamte PendlerInnenstrom erfasst wird (innerhalb der EU leben ungefähr 0,2% der Menschen in einem anderen Land als sie arbeiten; Zahlen von 1999: siehe <http://europa.eu.int>).

Diese Studie bestätigt, dass Migration aus den Beitrittsländern sehr stark von der Beschäftigungsentwicklung in Wien und der übrigen Ostregion (Niederösterreich und Burgenland) sowie von den verfügbaren Jobangeboten abhängt. Viele MigrantInnen werden also in Zukunft nur migrieren, wenn ihnen konkrete Beschäftigungsstellen angeboten werden. Dabei zeigt Wien seit Mitte der 90er Jahre rückläufige Beschäftigungszahlen (hier hat sich lt. Statistik Austria der Anteil der Erwerbspersonen insgesamt – ohne geringfügig Angestellte – von 1991 bis 2001 nur um 0,6% erhöht), die seit 1999 auch nicht mehr durch positive Entwicklungen im Beschäftigungssektor in Niederösterreich bzw. dem Burgenland aufgefangen werden können. Daher stagnieren seit dem Jahr 2000 die Beschäftigungszahlen innerhalb der Ostregion. Trotzdem ist der Anteil von ArbeitnehmerInnen aus dem Ausland laut der Studie von 1982 bis 2003 in Wien von 9,4% auf 14,9% gestiegen (Gesamt-Österreich: 5,6% auf 11%), wobei der größte Zuwachs an nicht-österreichischen Beschäftigten innerhalb Wiens bereits während der 1980er Jahre stattgefunden hat.

Auch werden Wanderungsentscheidungen von Arbeitslosenquoten im Herkunftsland (laut Studie ca. 13% innerhalb der vier MOEL im Jahr 2002 – zum Vergleich dazu waren es innerhalb der EU-15 im gleichen Jahr knapp 8%) sowie Einkommensunterschieden beeinflusst. Die Befragung der gegenständlichen Studie ergab, dass bei einem um 20% höheren Einkommen 2%, bei 30% mehr als 8% und bei einem doppelt so hohen Verdienst schließlich 35% der Personen migrationswillig sind. Die AutorInnen weisen in diesem Zusammenhang aber darauf hin, dass die Menschen in der Realität tatsächlich wesentlich schwächer auf Einkommensunterschiede reagieren – vor allem dann, wenn mit einer Migration die Überwindung von Grenzen und kulturellen Barrieren verbunden ist – so führen auch massive Lohndifferenzen nicht zu übermäßigen Wanderungsströmen.

Im Allgemeinen besitzen MigrantInnen aus MOE-Ländern einen ähnlichen Ausbildungsstand wie die ÖsterreicherInnen und so wird das Bevölkerungswachstum großteils positiv bewertet und als Chance für eine Metropole interpretiert, um das internationale Ansehen sowie den Wohlstand der Bevölkerung steigern zu können. Voraussetzung dafür sind aber ein wachsendes Beschäftigungsangebot sowie eine gute Wohnversorgung im Zielland (laut errechnetem Referenzszenario leben in Wien derzeit ca. 60% der sich in Österreich aufhaltenden gebürtigen PolInnen und fast 50% der gebürtigen SlowakInnen), um die Migrationsentscheidungen positiv zu beeinflussen. Das aktuelle Angebot an geförderten Wohnungen innerhalb Wiens ist dabei aufgrund von Lage und Preis als attraktiv und leistbar für die ZuwanderInnen aus den MOE-Ländern zu bewerten. Auch kann Wien seine Attraktivität als Studienort weiter ausbauen, indem z.B. geeignete StudentInnenheime bereitgestellt werden.

Diskussion:

Die Studie verwendet eine Vielzahl von sekundärstatistischen Datenquellen und auch eigene empirische Erhebungen, die wodurch sehr detaillierte und differenzierte Analyse möglich werden. Das grundsätzliche methodische Vorgehen wird gut beschrieben, wobei auch von den AutorInnen auch gewisse methodische Probleme (wie etwa die relativ kleine Stichprobe der projektbezogen durchgeführten empirische Befragung) angesprochen werden. Insgesamt bietet der Forschungsbericht neben theoretischen Ausführungen zum Thema "EU-Erweiterung und Migration" interessante und wissenschaftlich fundierte Migrationsszenarien für Wien bis zum Jahre 2031.

Amann, Wolfgang / Schuster, Birgit: „EU-Erweiterung und Niederösterreich: Wohnungsbedarf und Handlungsoptionen“ (2004):

Problemstellung und Methode:

Die vorliegende Studie untersucht die Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Situation in Niederösterreich hinsichtlich des Wohnungsbedarfes sowie den daraus resultierenden Handlungsoptionen – besonders wird dabei der Beitritt der vier MOE-Länder Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn berücksichtigt. Durchgeführt wurden diese Analysen von der Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen GmbH (FGW) in Zusammenarbeit mit der Stadt+Regionalforschung GmbH (SRZ). Die Ergebnisse wurden Ende des Jahres 2004 veröffentlicht. Die primäre Zielsetzung der Untersuchung war herauszufinden, inwiefern die EU-Erweiterung den Trend beeinflusst, dass es in strukturschwachen Landesteilen zu einer Minimierung und im Gegensatz dazu im Umland von Wien oder auch im Einzugsbereich von Bezirkshauptstädten zu einem (teilweise) erheblichen Anstieg der Bevölkerung kommt.

Des Weiteren soll der regionale Bedarf an Wohnungsplätzen sowie die Wohnmobilität festgestellt und außerdem Detail-Analysen für die Regionen im Umland von Wien sowie im Grenzraum zu den MOE-Nachbarstaaten erstellt werden. Begonnen wird im Bericht mit einer Auseinandersetzung mit der Situation in Niederösterreich (z.B. Bevölkerung, Wohnungswesen), wobei anschließend auf eher allgemeine Themenbereiche, wie z.B. die Wohnmobilität und auch Push- (Demografische Entwicklung, wirtschaftliche Rahmenbedingungen in den Herkunftsländern etc.) und Pull-Faktoren (Jobaussichten, vorhandene soziale Netzwerke, infrastrukturelle Angebote wie Wohnungen im Emigrationsland etc.) für Wanderungsströme eingegangen wird. Danach befassen sich die VerfasserInnen mit den Bevölkerungsprognosen sowie den Vorhersagen für den Haushalts- und Wohnungsbedarfssektor. Zum Abschluss wird dann eine Vertiefungsanalyse aus den Bereichen Umland Wien und dem Grenzraum der MOE-Länder präsentiert.

Als Datenquellen wurden dabei die Volkszählung aus dem Jahr 2001 sowie die Bevölkerungsprognose der Statistik Austria und die demografischen Strukturen Polens, Tschechiens, Ungarn und der Slowakei herangezogen. Zur weiteren Erkenntnisgewinnung dienten auch die Analyse älterer Studien zum Thema Migration und die Bewertung erhobener Daten tatsächlicher Wanderungsbewegungen.

Außerdem wurden im Jahr 2003 im Rahmen einer projektbezogenen empirischen Erhebung der FGW insgesamt ca. 1500 standardisierte Interviews in den vier Ländern Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn durchgeführt. Auch die von lokalen Forschungsinstituten im Zusammenhang mit dieser empirischen Erhebung erstellten Country-Reports wurden als Datenquelle für die Erstellung dieser Studie verwendet. Bis auf die – an verschiedenen Stellen im Bericht – angeführten verwendeten empirischen bzw. sekundärstatistischen Daten, werden leider innerhalb der gesamten Studie keine genaueren Angaben über die methodische Vorgehensweise gemacht. Außerdem wurden 9 Interviews mit regionalen MeinungsbildnerInnen anhand eines strukturierten Fragebogens durchgeführt, dessen Hauptaugenmerk auf der kritischen Reflexion und Diskussion der vermuteten Entwicklung im Wiener Umland lag.

Ergebnisse:

Generell beinhaltet die Studie „EU-Erweiterung und Niederösterreich“ genaue Auswertungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Niederösterreich, die durch die Erweiterung der EU bedingt ist. Zum Wachstum der Bevölkerung kann man dabei festhalten, dass sich der Personenstand von 1991 bis 2001 auf über 1,5 Mio. Menschen erhöht hat und bis 2011 mit einer weiteren Zunahme um etwa 3,6% zu rechnen ist. Vorausgesagt wird, dass in etwa 30 Jahren ein Höhepunkt mit etwa 1,66 Mio. Menschen, die in Niederösterreich wohnhaft sind, erreicht werden soll. In der Vergangenheit entstand ein erheblicher Teil der Bevölkerungsdynamik in diesem Bundesland durch die Randwanderung aus Wien (tendenziell sind es erwerbstätige, einkommensstärkere Familien, die in das Wohneigentum, aber auch in qualitativ hochwertige Mietwohnungen am Stadtrand oder in den Umlandgemeinden abwandern), wobei das Verhältnis mittlerweile relativ ausgeglichen ist. Auch die Zuwanderung aus den MOE-Staaten nach Niederösterreich bzw. die Ab- und Rückwanderung aus Niederösterreich in die MOEL ist bereits seit geraumer Zeit mehr oder weniger ausgewogen. In diesem Bericht wird in weiterer Folge auch auf gewichtige Push- und Pull-Faktoren für Migrationsströme hingewiesen, wobei aber z.B. in der Slowakei oder in Polen starke Push-Faktoren wie eine hohe Arbeitslosenquote oder ein hoher Beschäftigungsanteil im landwirtschaftlichen Sektor nicht unbedingt zu verstärkten Migrationsflüssen ins Ausland führen. Die AutorInnen führen das auf die stabile politische Lage in diesen beiden Staaten, den dort schon erlangten bzw. absehbaren wirtschaftlichen Wohlstand sowie die eher niedrige Bevölkerungsdynamik zurück. Generell gesehen können aber Faktoren wie eine hohe Arbeitslosigkeit sowie geringe Löhne im Herkunftsland schon zu einem verstärkten Wanderungsdruck

führen. Die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen ist auf der anderen Seite ein wesentlicher Pull-Faktor, durch den Migration stark beeinflusst wird. So war die Zuwanderung aus den Staaten Mittelost-Europas so lange verstärkt auf Niederösterreich ausgerichtet, so lange hier besonders viele Arbeitsplätze geschaffen wurden (der Ausbau der Beschäftigungszahlen lag in diesem Bundesland von Mitte der 80er Jahre bis ca. 1999 deutlich über dem durchschnittlichen Wert in Gesamt-Österreich). Seit damals hat sich die Situation aber gewandelt und so werden von den AutorInnen entsprechende Auswirkungen auf Migrationsströme erwartet.

Auch Familienbelange haben einen starken Einfluss auf die Migrationsentscheidung von Personen, andererseits spielen Faktoren wie z.B. die Wohnversorgung eine eher untergeordnete Rolle.

Durch die 2003 durchgeführten Interviews lässt sich feststellen, dass die SlowakInnen im Ländervergleich hohe Wanderungspotenziale zeigen. Die Rate ist in diesem Land sowohl bei der Durchführung von Wohnortwechseln aufgrund von Arbeit oder Ausbildung im In- und Ausland, der Erfahrung mit arbeitsbedingtem Pendeln als auch bei der Planung von Migrationsvorhaben (unter den vier MOE-Staaten) am höchsten. Sehr geringe Wanderungspotenziale werden hingegen in Ungarn gesehen, das sowohl im In- sowie Ausland die niedrigsten Migrationsraten aufweist und damit als immobilstes Land der MOEL-4 anzusehen ist. In der erwähnten empirischen Untersuchung wurden auch die Auswirkungen von Einkommensunterschieden hinsichtlich der Migrationsbereitschaft analysiert, wobei diese Ergebnisse bereits in der vorherigen Studienbeschreibung (die auf derselben Befragung beruht) dargestellt wurden.

Bei der Vertiefungsanalyse für das Wiener Umland beschreiben die AutorInnen das Phänomen der Suburbanisierung, das die Abwanderung von städtischen Haushalten in Wohngebiete geringerer Dichte beschreibt. Im Wesentlichen hängt dieser Trend von internationalen Tendenzen sowie der Wirtschaftsentwicklung ab. Der Zuzug von MigrantInnen, der durch das Angebot an Arbeitsplätzen dominiert wird, sollte dabei durch verschiedene Maßnahmen besser gestreut werden (z.B. interkommunale Zusammenarbeit, leistbarer Wohnraum, verdichtete Wohnformen etc.). Auch die Entwicklungen im Grenzland werden in dieser Studie näher analysiert und dabei wird festgehalten, dass der grenznahe Raum wesentlich von der Ostöffnung in den 90er Jahren profitiert hat. So entfällt ein nicht unerheblicher Anteil der zunehmenden Wanderungsstrukturen in Niederösterreich auf den Grenzraum (2001 gab es z.B. ein

Plus von 10 000), wobei sich die Zuwanderung vor allem nach dem Angebot an Arbeitsplätzen richtet und sich somit auf das Umland von Wien konzentriert.

Die AutorInnen heben bei der Analyse des Grenzlandes besonders die Bezirke Bruck a.d. Leitha und Gänserndorf hervor, die auf bereits existenten bzw. kommenden Achsen zwischen den Metropolen Wien und Bratislava liegen. Hier halten es die AutorInnen für realistisch, dass die beiden Städte zukünftig zu einer Metropolenregion zusammen wachsen werden. Dazu lässt sich bereits bei Entstehen des Berichts ein gewisser Siedlungsdruck auf niederösterreichischer Seite der Hauptstadt Bratislava feststellen.

Dabei verzeichnen die Grenzland-Bezirke im Waldviertel insgesamt einen österreichweit überdurchschnittlich hohen Anteil an Nebenwohnsitzen. Um eine Stabilisierung von ländlichen Siedlungsregionen zu erreichen, schlagen die VerfasserInnen die Schaffung regionaler Zentren vor, in denen dann Arbeitsplätze gesichert sowie akquiriert werden können, um strukturschwache regionale Bereiche nachhaltig zu stärken. Ein weiteres großes Potential wird außerdem durch die Forcierung niederösterreichischer Studienangebote für Nachwuchskräfte aus den Nachbarstaaten beschrieben, wodurch in Zukunft wesentlich zur Intensivierung wirtschaftlicher Vernetzungen beigetragen werden kann. Wesentliche Faktoren für das Gelingen dieser Strategie werden dabei in erschwinglichen Ausbildungskosten sowie der Errichtung geeigneter Wohnmöglichkeiten gesehen.

Diskussion:

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die hier vorliegende Studie sehr umfangreich angelegt ist und die einzelnen Kapitel ausführlich dargestellt sind. Das methodische Prozedere in dieser Studie ist allerdings etwas unklar, da vorab keine Einführung über die verwendete Methodik existiert, sondern nur im Bericht selbst immer wieder zwischendurch empirische Arbeitsweisen erwähnt bzw. ausgeführt werden. Unter anderem fehlt auch zum Teil eine konkrete Beschreibung von Datengrundlagen bzw. es wird nicht immer nachvollziehbar, aus welchen Daten sich die Ergebnisse ableiten lassen.

Vavrecková, Jana et al.: „Migration von Fachleuten ins Ausland und Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften“ (2006):

Problemstellung und Methode:

Die vorliegende Publikation ist im Rahmen des Forschungsprojektes „Risiko eines möglichen Abflusses von qualifizierten Fachleuten aus der Tschechischen Republik ins Ausland“ im Forschungsinstitut für Arbeit und Soziales in Prag entstanden und wurde vom Ministerium für Arbeit und Soziale Angelegenheiten der Tschechischen Republik gefördert. Zusammengefasst werden hier acht Grundstudien vorgestellt, die zwischen den Jahren 2004 und 2005 erarbeitet wurden. Innerhalb des Berichtes wird der Bereich der internationalen Migration von Fachleuten analysiert – das beinhaltet einerseits die eingehendere Betrachtung von Angebotsprogrammen zum Verbleib von hoch qualifizierten einheimischen Arbeitskräften bzw. auch die Ansätze zur Gewinnung von Spitzenkräften aus dem Ausland sowie andererseits die Feststellung von Motiven und Gründen, durch die Arbeitskräfte zur Migration veranlasst werden. Das Hauptaugenmerk in diesem Bericht liegt dabei beim Segment fehlender Fachleute auf dem tschechischen bzw. auch europäischen Arbeitsmarkt. Dabei beschäftigten sich die AutorInnen mit der Problemstellung, ob sich die Nachfrage nach Spitzenkräften der Tschechischen Republik mit der Struktur der fehlenden qualifizierten Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt im entwickelten Europa deckt. Des Weiteren setzen sich die AutorInnen speziell mit dem Einfluss der Einkommenssituation auf die Migration von Fachleuten sowie den vorherrschenden Bildungsstrukturen in der Tschechischen Republik und ausgewählten EU-Staaten auseinander.

Methodisch gesehen werden sowohl quantitative als auch qualitative Datenquellen für die Erstellung des Berichts herangezogen. Bei den quantitativen Informationsquellen handelt es sich dabei um ausgeschriebene Angebote freier qualifizierter Arbeitsstellen in inländischen und ausländischen Printmedien und Webportalen wie z. B. die europäischen Mobilitätsnetze „EURES“ oder „ERA-MORE“.

Die qualitativen Erkenntnisse betreffend den Bedarf an Fachkräften hingegen stammen aus Untersuchungsergebnissen von Vermittlungsagenturen für die Beschäftigung tschechischer StaatsbürgerInnen innerhalb der Arbeitsmärkte im In- und Ausland. Für den internationalen Vergleich der Mobilität von Fachleuten werden dabei zur Beurteilung der Migrationsflüsse qualifizierter Fachleute Datenquellen aus den Zielländern herangezogen (z.B. Volkszählungen, Arbeitskräfteerhebungen etc.).

Ergebnisse:

In dieser Publikation wird aufgezeigt, dass innerhalb der europäischen Arbeitsmärkte ein spürbarer Mangel an qualifizierten Fachleuten zum Tragen kommt, der paradoxerweise einer immer höheren Arbeitslosenquote gegenübersteht. Als mögliche Gründe hierfür werden ungünstige demografische Entwicklungen (z.B. geringe Geburtenzahl) genannt, denen durch eine Erhöhung der Mobilität zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten der EU entgegengewirkt werden soll. Dabei stellen die AutorInnen fest, dass durch die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, die – aus gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Veränderungen resultierende – Nachfrage nach Fachleuten im Zielland, langfristig befriedigt werden kann. Beeinflusst wird die internationale Mobilität dabei sowohl durch institutionelle Formen sowie auch durch persönliche Bedürfnisse und Haltungen der migrierenden Personen selbst (z.B. Einkommenssituation).

Insgesamt betrifft die Mobilität hoch qualifizierter Arbeitskräfte Frauen und Männer mit einem hohen Bildungsstand sowie einem vielfältigen Berufspotenzial und stellt ein typisches Merkmal einer entwickelten Wirtschaft dar. Zudem sind es meistens eher jüngere und ungebundene Personen, die zum Arbeiten ins Ausland gehen. Im Zuge des Migrationsvorhabens werden zumeist noch vom Mutterland aus die Beschäftigungsbedingungen vereinbart, wobei mit der Angebotsmigration oftmals auch ein längerfristiger Aufenthalt im Zielstaat verbunden ist.

Neben dem entstehenden Abfluss von Fachleuten und dem damit einhergehenden Verlust von Spitzenarbeitskräften („brain drain“) im Ursprungsland werden in diesem Bericht auch die positiven Aspekte der Arbeitskräftemigration, wie z.B. der Zufluss an Personen mit spezifischem Know How in die Zielländern („brain gain“) angesprochen. So schreiben die AutorInnen auch der Abwanderung von hoch qualifizierten ArbeitnehmerInnen positive Auswirkungen zu, da so der Druck auf die einzelnen Staaten erhöht wird, ihre (Bildungs-, Arbeits- etc.) Systeme zu verbessern, um ihren Arbeitsmarkt für Fachleute attraktiv zu gestalten.

Als maßgebliche Faktoren für die Migration qualifizierter Fachleute werden in dieser Publikation immer wieder die ökonomischen Ressourcen der Länder, das vorherrschende wissenschaftliche Niveau sowie die technologische Entwicklung, das gesellschaftliche Ansehen der Vertreter der Wissenschafts- und Fachbereiche, das Lohnniveau u.ä. Indikatoren genannt.

Aufgrund der Analysen der europäischen Mobilitätsnetze von Vavreckova et al. wird Großbritannien als das Land angeführt, das hoch qualifizierten Arbeitskräften aus anderen EU-Staaten die meisten Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, allerdings entfallen im europäischen Schnitt nur ca. 0,5-2% aller angebotenen Stellen auf den hoch qualifizierten Bereich. Die stärkste Nachfrage ergibt sich dabei bei ManagerInnen (Unternehmensführung), Ärzten und IT-Fachleuten.

Die Analyse von Inseraten in der Tagespresse, des Arbeitsmarktservices und in Webportalen in Tschechien stellen die AutorInnen fest, dass in Tschechien die Nachfrage nach hoch qualifizierten Beschäftigten am stärksten bei TechnikerInnen gegeben ist (31% der nachgefragten hoch Qualifizierten entfallen auf diesen Bereich), gefolgt von ManagerInnen (Unternehmensführung) mit einem Anteil von 23% und von ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen mit einem Anteil von 16%.

Aus einem zitierten Bericht der Europäischen Kommission geht hervor, dass die Mobilität der Arbeitskräfte aus den Mitgliedsstaaten der EU in Mittel- und Osteuropa in die EU-15 Länder zwar geringer als erwartet ausgefallen ist, dafür aber größtenteils positive Auswirkungen aufweist: z.B. die Behebung von Mängeln am Arbeitsmarkt oder die Verbesserung der Wirtschaftsergebnisse.

Um genau diese Vorteile zu erzielen gibt es in vielen Staaten Programme, für die die Gewinnung ausländischer Fachleute für das eigene Land im Vordergrund steht.

Dabei ist festzuhalten, dass die einander ähnelnden Konzepte vielfältige Charakteristika aufweisen und damit den spezifischen nationalen Vorgangsweisen, Bedürfnissen und Erfahrungen entsprechen.

Diskussion:

Im gesamten Bericht wird sowohl die Situation innerhalb der Tschechischen Republik als auch anderer Staaten dargestellt. Die Studie liefert ein interessantes Beispiel, wie sich Länder auf den sogenannten „Brain Drain“ vorbereiten.

Stiller, Silvia / Wyszynski, Robert: „Arbeitskräftemobilität in der erweiterten EU – Migrationsmotive und -potentiale“ (2005):

Problemstellung und Methode:

Gegenstand dieses Berichtes ist die Arbeitsmarktsituation innerhalb der EU-15-Staaten und die Veränderungen der dortigen Arbeitsmarktsituation durch die Öffnung für Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten (NMS). Aufgrund der Befürchtung einer „Überflutung“ nationaler Arbeitsmärkte (z.B. aufgrund des Lohngefälles) durch Arbeitskräfte aus Osteuropa wurden, auf Drängen einiger EU-15-Staaten hin (z.B. Deutschland und Österreich), Übergangsfristen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit initiiert. So soll eine allmähliche Öffnung der Arbeitsmärkte erreicht werden, ohne dass arbeitsmarktpolitische Konflikte entstehen. Behandelt werden in diesem Bericht die unterschiedlichen Regelungen und ihre Auswirkungen bzw. Problemstellungen, wobei festgehalten wird, dass spätestens bis 2011 die vollständige Liberalisierung in allen EU-Staaten vollzogen sein wird.

Explizit wird die methodische Vorgehensweise in diesem Bericht nicht angesprochen; den Tabellen kann man aber entnehmen, dass verschiedene Datenquellen für z.B. grafische Darstellungen oder auch eigene Berechnungen (bspw. EUROSTAT oder deutsche Bundesministerien bzw. -ämter) herangezogen wurden. Ansonsten hat diese Studie beschreibenden, darstellenden Charakter und die Ausführungen beziehen sich grundsätzlich auf ausgewiesene Literatur.

Ergebnisse:

Generell wird die Arbeitsmarktsituation in den „alten“ EU-Ländern direkt durch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den NMS beeinflusst. Ob die Folgen aber positiv oder negativ für das Lohnniveau sowie die Arbeitslosenquote im Zielland sind, ist abhängig von der Qualifikation der MigrantInnen und der ökonomischen Situation im Zuwanderungsland. In jenen EU-Ländern in denen auf die Einrichtung von Übergangsfristen verzichtet wurde (Großbritannien, Irland und Schweden), kann man bereits aus Erfahrung sagen, dass es keine Störungen auf den heimischen Arbeitsmärkten aufgrund der Migrationen gegeben hat (es kam zu keinen anhaltenden „Massenwanderungen“). Bis 2015 wird die Nettozuwanderung aus den „neuen“ in die „alten“ EU-Staaten auf rund 1,7 Mio. und bis zum Jahr 2030 auf ca. 4,3 Mio. Menschen geschätzt.

Stiller/Wyszynski beziehen sich dabei auf ökonometrische Studien von Alecke/Untied (2003) sowie Bruder (2003).

Als entscheidende Migrationsdeterminanten in den entsprechenden Annahmen zu den langfristigen Wachstumsraten der EU-Länder und zum Verlauf der Konvergenz ökonomischer Disparitäten zwischen potenziellen Zu- und Auswanderungsländern gelten Einkommensunterschiede und Unterschiede in den Arbeitslosenquoten. Allerdings müssen auch nicht-monetäre Faktoren (wie Kultur, Sprache, politische/gesellschaftliche Lage, geographische Lage,...) berücksichtigt werden, um eine Wanderungsbereitschaft abschätzen zu können.

Im Zeitraum 1991 bis 2003 hatten die meisten ZuwanderInnen (1,9 Mio.) der heutigen NMS Deutschland zum Ziel – 12% der migrierten Personen kamen dabei aus Mittel-Ost-Europäischen-Ländern (MOEL). Laut diesem Bericht leben in der EU-15 ca. 1 Mio. Menschen aus den Neuen EU-Mitgliedstaaten (inkl. Bulgarien und Rumänien) – allein 600 000 davon in Deutschland. Damit machen Personen aus MOE-Ländern etwa 13,6% der ausländischen Bevölkerung in Deutschland und ca. 0,7% der in Deutschland lebenden Personen insgesamt aus. Dabei sind die Migrationsströme zwischen Polen und Deutschland zahlenmäßig am stärksten: so kamen im Zeitraum 1991 bis 2003 ca. 320 000 PolInnen nach Deutschland. Dabei ist klar, dass eine Wanderungsentscheidung stets das Ergebnis eines individuellen Nutzen-Kosten-Kalküls darstellt, um Risiken abzuwägen bzw. zu vermeiden. In diesem Zusammenhang gibt es eine Reihe von Push- und Pull-Faktoren, die eine Migration begünstigen oder hemmen (Einkommensunterschiede, Versorgungslage, Ausbildungschancen, kulturelle und räumliche Nähe des Ziellandes etc.). Der einerseits zu erwartende Wanderungsdruck aufgrund ökonomischer Disparitäten wird andererseits die demographische Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedstaaten entgegen gehalten, die einen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Folge haben wird. Weiters wird in dem Bericht darauf hingewiesen, dass vor allem deutsche Großstädte in Grenznähe (Berlin, Dresden) künftig am stärksten mit Zuwanderungen sowie einem Anstieg des Pendlerwesens aus Polen zu rechnen haben werden.

Diskussion:

Einige Darstellungen beziehen sich auf statistische Hochrechnungen bzw. Schätzungen und die hier beschriebenen Erwartungen sind dementsprechend vorsichtig zu interpretieren.

Doyle, Nicola et al.: „Freedom of Movement for Workers from Central and Eastern Europe“ (2006):

Problemstellung und Methode:

Der Artikel befasst sich mit den Veränderungen auf europäischen Arbeitsmärkten im Zuge der EU-Erweiterung 2004. Im Laufe der Ausführungen wird auf Debatten Bezug genommen, die im Vorfeld der Erweiterung stattgefunden haben. Dabei werden die Bedenken der originären Mitgliedstaaten beschrieben, die damals erhebliche Sorge über die Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte in den einzelnen Staaten sowie auch über die Entwicklung der Migrationsflüsse innerhalb Europas geäußert haben. Ausgehend davon, dass schlussendlich nur drei Länder – Irland, Schweden und Großbritannien – ihre Arbeitsmärkte für die Bevölkerung der neuen Mitgliedstaaten geöffnet haben, werden speziell die Veränderungen in und Erfahrungen aus diesen Ländern (vor allem von Irland und Schweden) aufgezeigt.

Die Aussagen des Artikels beruhen vor allem auf offiziellen, nationalen statistischen Daten (beobachtete Migrationsströme, Niederlassungsbewilligungen, Beschäftigungsraten etc.). Begonnen wird mit einer kurzen Einführung in die der EU-Erweiterung vorangegangenen Diskussionen, wobei danach zunächst generelle Aspekte der Migration und deren ökonomischen Auswirkungen überblicksmäßig beleuchtet werden. Anschließend wird dann zuerst die Situation in Schweden und etwas später jene in Irland detaillierter analysiert.

Ergebnisse:

Obwohl die drei oben genannten Staaten ihre Arbeitsmärkte für ausländische ArbeitnehmerInnen zugänglich gemacht haben, wurden auch hier einige Restriktionsmaßnahmen zum Schutz der einheimischen gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Systeme eingerichtet (um z.B. „Wohlfahrts-Tourismus“ zu vermeiden), wobei BefürworterInnen der Transparenz der Arbeitsmärkte stets darauf hingewiesen haben, dass Arbeitskräfte, die migrieren, tendenziell jung, gut ausgebildet und alleine sind, so dass von ihnen keine wirtschaftlichen Einbußen ausgehen werden. Die AutorInnen weisen in ihrem Artikel außerdem auf Faktoren hin, die die Migration von Fachleuten begünstigen, wie z.B. die unterschiedliche Einkommenssituation in den einzelnen Ländern sowie das Arbeitslosenniveau und die Anzahl der offenen Arbeitsstellen.

Die AutorInnen beschreiben danach im Speziellen die Situation von Schweden und Irland und arbeiten heraus, dass die EU-Erweiterung bislang keine negativen Effekte auf die Arbeitsmarktsituation in diesen beiden Ländern gehabt hat, wenngleich nach der EU-Erweiterung 2004 doch eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigen aus neuen EU-Mitgliedstaaten festzustellen ist. So hat sich in Schweden die Zahl von ZuwanderInnen aus den Neuen EU-Mitgliedstaaten auf ca. 2.800 verdoppelt; in Irland ist im Jahr 2005 mit einer Zahl von über 53.000 der Höchststand an ZuwanderInnen¹ zu konstatieren, wobei knapp 40% davon auf Personen aus den NMS entfällt.

Es wird in der Studie aber darauf hingewiesen, dass es weder für den befürchteten „Wohlfahrts-Tourismus“ noch die Verdrängung einheimischer Arbeitskräfte Hinweise gibt. Insgesamt gesehen war der Migrationsfluss nach Schweden geringer als erwartet, was die AutorInnen als Hinweis dafür erachten, dass die BewohnerInnen der neuen Beitrittsländer kein Interesse am „Wohlfahrts-Tourismus“ zeigen, da es auch bei jenen, die nach Schweden immigriert sind, keinen Hinweis darauf gibt, dass sie im Wohlfahrtssystem überrepräsentiert wären. Arbeitende MigrantInnen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten arbeiten im Vergleich zu in Schweden geborenen ArbeitnehmerInnen generell kürzer, bekommen dafür weniger Lohn und sind im Durchschnitt besser ausgebildet.

In Irland war – im Gegensatz zu Schweden – der Zustrom an MigrantInnen höher als vor der Erweiterung erwartet.

Dabei war der irische Arbeitsmarkt zum Zeitpunkt der Öffnung sowie in der nachfolgenden Zeitperiode in einer äußerst stabilen Verfassung und wies insgesamt die größte BIP-Wachstumsrate sowie die geringste Arbeitslosenquote innerhalb Europas auf – u. a. aus diesen Gründen war Irland auch ein begehrtes Migrationsziel von ausländischen ArbeitnehmerInnen. Hier zeigt sich bei genauer Betrachtung ebenfalls, dass in diesem Land keine Anzeichen für „Wohlfahrts-Tourismus“ existieren und auch der irische Arbeitsmarkt nach der EU-Erweiterung von keinen speziellen negativen Effekten betroffen ist.

¹ Seit Beginn der Aufzeichnungen 1987

Diskussion:

Zunächst werden das thematische Umfeld und allgemein wichtige Aspekte beleuchtet, ehe dann eine – begründete – Auswahl spezifisch zu beschreibender Länder getroffen wird. Durch die beiden gewählten Beispiele ist es den AutorInnen dann in weiterer Folge gut möglich ihre Argumentation auszuführen und – sofern dies nach so kurzer Zeit realistisch ist – aufzuzeigen, dass die EU-Erweiterung keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation in jenen Staaten gehabt hat, die ihre Arbeitssektoren für alle Mitglieder der EU-Länder geöffnet hat. Genau dieses Problem der relativ kurzen Beobachtungsspanne wird auch angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse im Grunde genommen eher Tendenzen darstellen, da die Zeitspanne seit der EU-Erweiterung noch zu kurz ist, um verlässliche Aussagen treffen zu können.

Außerdem wird die Problematik von teilweise unvollständigen Statistiken angesprochen, die die Aussagekraft der vermeintlichen Ergebnisse noch einmal ein Stück weit relativieren.

Zu bemerken ist zudem, dass die Studie nur tatsächliche Wanderungsbewegungen bis 2005 berücksichtigt und keine Prognosen oder Schätzungen über zukünftige Entwicklungen abgibt.

European Commission: „European Economy. Chapter 6: Migration and free movement of workers“ (2006):

Problemstellung und Methode:

Dieses Kapitel ist Teil eines Berichtes aus dem Jahr 2006, der von der Europäischen Kommission herausgegeben wurde. Der Text befasst sich mit der, dem Zugang zur EU folgenden Implikation, dass es im Zuge der Erweiterung eigentlich für jeden/jede BewohnerIn eines EU-Mitgliedsstaates möglich sein sollte in einem anderen Land der EU zu arbeiten (hierfür ist in den Staatsverträgen explizit die „Freiheit der Mobilität“ verankert). In diesem Kapitel werden nun jene Probleme, die mit Migrationsflüssen und der Freiheit von Arbeitsmigration sowie Migration im Generellen in Verbindung stehen, genauer betrachtet.

Zur methodischen Vorgehensweise wird in diesem Kapitel nichts Näheres erläutert, wobei innerhalb des Textes auf Quellen des Community law (Recht der europäischen Gemeinschaft) bzw. auf frühere Publikationen der Europäischen Kommission verwiesen wird. Zunächst werden in diesem Kapitel die potenziellen Wanderungsströme innerhalb der EU-Länder beschrieben, danach gehen die VerfasserInnen näher auf die bisherigen Entwicklungen von Migrationsströmen ein und zuletzt werden einige Gedanken zum Potenzial des Ost-West-Arbeitskräftefluss festgehalten.

Ergebnisse:

Die unlimitierten Bewegungsströme von Personen und Arbeitskräften stellen laut den VerfasserInnen dieses Artikels die vielleicht signifikanteste Dimension an ökonomischer Integration dar.

Hier werden die großen Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen in den verschiedenen EU-Ländern als starker Anreiz zur Ost-West-Mobilität gesehen und auch die geografische Nähe und die etablierten historischen sowie kulturellen Verbindungen zwischen den Staaten begünstigen die Migrationsflüsse. Insgesamt wird der Anteil des längerfristigen Migrationspotenzials auf rund 2% bis 4% der ursprünglichen Population von zentral- und osteuropäischen Ländern geschätzt:

Das wären ca. 3 Mio. Menschen innerhalb der nächsten 15 Jahre, die migrieren würden (wobei dies ungefähr 1,2% der errechneten arbeitsfähigen Bevölkerung in den EU-15-Staaten entspricht).² Die VerfasserInnen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Zahlen generell zu niedrig sind, um den Arbeitsmarkt innerhalb der EU tatsächlich zu beeinflussen. Auf kurze Sicht gesehen, kann es jedoch in einigen Ländern bzw. Regionen (vor allem in Österreich oder Deutschland) zu Anpassungsproblemen durch grenzüberschreitende Arbeitskräftemigration (z.B. Pendeln) kommen. Generell kann man sagen, dass sich die Einkommensunterschiede zwischen alten und neuen Mitgliedsstaaten während dieser Übergangsphase zum Teil verkleinert haben.

Seit der EU-Erweiterung gibt es laut Statistiken der europäischen Kommission einen Anstieg des Anteils von ArbeitnehmerInnen aus den neuen Beitrittsländern innerhalb der ehemaligen EU-15-Staaten – trotzdem bleibt der Einfluss auf die Situation am Arbeitsmarkt relativ gering. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Prozentsatz der Personen aus neuen EU-Mitgliedsländern innerhalb der einzelnen EU-15-Staaten sowohl vor als auch nach der Erweiterung relativ beständig war (wenn man von der Erhöhung der Prozentwerte in Großbritannien, Österreich und Irland absieht). Gleichzeitig kann auch festgehalten werden, dass für Störungen am Arbeitsmarkt, die von Migration beeinflusst sind, kein Beweis existiert. Auch der Umstand, dass der Großteil der ausländischen Bevölkerung in der EU aus Nicht-EU-Ländern stammt und dass neben der permanenten Migration auch noch Formen der befristeten Wanderung zum Tragen kommt, zeigt die Limitierung der Einflussstärke der EU-Erweiterung auf den europäischen Arbeitsmarkt auf.

² u. a. wird dabei Bezug genommen auf: Boeri, T. and H. Bruecker (2001)

Es wird zudem festgehalten, dass die Lohnkosten der „gebuchten“ ArbeitnehmerInnen die Bezahlung der einheimischen Arbeitskräfte deutlich unterschreiten sowie dass die Ausbildungsqualität in den Ursprungsländern spürbar unter den Standards in der EU liegt. Es kommt häufig vor, dass MigrantInnen im Zielland unterqualifizierte Jobs verrichten, die nicht den Standards ihrer eigentlichen Ausbildung entsprechen, was ein weiteres wichtiges Merkmal der Arbeitsmigration darstellt.

Auch die Situation von ausländischen StudentInnen innerhalb von Bildungssystemen der EU-15-Staaten wird erwähnt, wobei hier klargestellt wird, dass es nicht abzuschätzen ist, ob die derzeit noch relativ kleine, aber zahlenmäßig steigende Gruppe von Studierenden nach der Ausbildung in den lokalen Arbeitssektor einsteigen oder doch wieder in ihr Heimatland zurückkehren werden.

Diskussion:

In dem Abschnitt werden viele unterschiedliche Aspekte angesprochen und nur teilweise mit Zahlen, deren Quellen teilweise auch etwas unklar bleiben, belegt. Auch ist hier wieder zu beachten, dass die EU-Erweiterung noch nicht lange her ist und daher die Aussagen vor diesem Hintergrund zu beurteilen sind.

Literatur

Alecke, Björn / Untied, Gerhard (2003): *„Pendlerpotentiale in den Grenzregionen an der EU-Außengrenze“*, Beitrag zur International Summer School Economics of EU Enlargement, University of Hohenheim.

Amann, Wolfgang / Schuster, Birgit (2004): *„EU-Erweiterung und Niederösterreich: Wohnungsbedarf und Handlungsoptionen“*. Endbericht.

Amann, Wolfgang / Schuster, Birgit (2004): *„Auswirkungen der EU-Erweiterung auf den Wiener Wohnungsmarkt“*. Endbericht.

Boeri, Tito / Bruecker, Herbert (2001): *“The impact of Eastern Enlargement on Employment and Labour Markets in the EU”*, Report for the European Commission, DG Employment and Social Affairs, Brussels.

Bruder, Jana (2003): *“East-West Migration in Europe”*, 2004-2015, Thünen Series of Applied Economic Theory, Working paper Nr. 40.

Doyle, Nicola et al. (2006): *„Freedom of Movement for Workers from Central and Eastern Europe“*. Swedish Institute for European Policy Studies.

European Commission (2006): *“Migration and Free Movement of Workers“*. In: European Commission: *„Enlargement, two years after: an economic evaluation“*, Nr. 24 of the OCCASIONAL PAPERS of the Series EUROPEAN ECONOMY by the Bureau of European Policy Advisers and the Directorate-General for Economic and Financial Affairs. Brussels. Chapter 6, S. 79-84.

Fassmann, Heinz / Hintermann, Christiane (1997): *„Migrationspotenzial Ostmitteleuropa – Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn“*. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

Stiller, Silvia / Wyszynski, Robert (2005): *„Arbeitskräftemobilität in der erweiterten EU – Migrationsmotive und -potentiale“*. In: Kropp / Gomez: *„Sozialraum Europa, Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union, Gesellschaft für Programmforschung, Werkstattbericht, Bd. 7. S. 99-122.*

Vavrecková, Jana et al. (2006): *„Migration von Fachleuten ins Ausland und Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften“*. Prag.

Walterskirchen, Ewald/ Dietz, Raimund (1998): *„Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt“*. In: WIFO Monatsberichte, Heft 8, 531-540.

<http://europa.eu.int>